

|  |                        |                                 |                               |
|--|------------------------|---------------------------------|-------------------------------|
| <b>Bürgermeister Matthias Burth</b>  |                        | <b>Vorlagen-Nr. 10/005/2023</b> |                               |
| Sitzung am<br>13.02.2023   | Gremium<br>Gemeinderat | Status<br>Ö                     | Zuständigkeit<br>Entscheidung |
| <b>TOP: 9 Resolution des Gemeinderates der Stadt Aulendorf: Belastungsgrenze überschritten</b>   |                        |                                 |                               |
| <p><b>Ausgangssituation:</b></p> <p>Der Gemeindetag Baden-Württemberg als Interessensverband der Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg hat im Rahmen seiner Landesvorstandssitzung im September 2022 ein Positionspapier erarbeitet, um auf das Erreichen der Belastungsgrenze des Staates und der Kommunen hinzuweisen. Die Kommunen befinden sich im Dauerkrise-Modus, von allen politischen Ebenen werden aber immer neue Leistungen eingefordert und die Bürokratie hat eine Komplexität angenommen, die kaum mehr zu bewältigen ist. Aus Sicht des Gemeindetags braucht es eine klare Analyse der aktuellen Lage, eine realistische Bewertung des Leistbaren sowie eine neue Festlegung des Erforderlichen. Die notwendigen Handlungsschwerpunkte werden im Positionspapier genannt.</p> <p>Nachfolgend ist eine Übersicht über die zentralen Aussagen des Positionspapiers aufgeführt:</p>   |                        |                                 |                               |
| <p>Gemeindetag Baden-Württemberg</p> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="width: 45%;">  </div> <div style="width: 50%;"> <p><b>Maßnahmenübersicht</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ehrliche Aufgaben- und Standardkritik</li> <li>• Anpassung der Koalitionsverträge Bund und Land an die Zeitenwende</li> <li>• Klare und offene Kommunikation mit Bürgerschaft und Wirtschaft</li> <li>• Beschleunigung der Digitalisierung der Verwaltung</li> <li>• Wirksame Umsetzung des Bürokratieentlastungsgesetz</li> <li>• Neue Definition der Beziehungen zwischen Bund-Ländern und Kommunen</li> <li>• Neues Verständnis der föderalen Zusammenarbeit und eine Konnexitätsregelung („Wer bestellt, zahlt“)</li> <li>• Systematisches Verfahren im Gesetzgebungsprozess (Machbarkeitszusage)</li> <li>• Prinzip „One in – One out“ bei neuen Aufgaben und Standards</li> </ul> </div> </div> |                        |                                 |                               |
| <p>Das Positionspapier des Gemeindetags wurde im Nachgang auch von anderen kommunalen Verbänden und Verbänden des „öffentlichen Lebens“ übernommen und daraus ist ein gemeinsamer offener Brief an Herrn Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann als Vertreter der Landesregierung Baden-Württemberg erwachsen.</p> <p>Die Kernbotschaften des gemeinsamen offenen Briefs sind nachfolgend dargestellt:</p>   |                        |                                 |                               |

**Kernbotschaften:**

- Konsequenter und dringlicher Veränderungsprozess mit neuen Realitätssinn und Mut zur grundlegenden Veränderung
- Klare Priorisierung der staatlichen Kraft auf die Zukunftsfähigkeit des Landes
- Echte Subsidiarität
- Spürbarer Abbau von Regulierungsstandards
- Konsequente Aufgabenkritik und Entbürokratisierung
- Wandel zu modernem Zukunftsstaat mit verlässlichen und umsetzbaren Zusagen

**Zentrale Fragen für die Zukunftsfähigkeit**

- Was können ein effizienter Staat und eine nachhaltig Wirtschaft künftig leisten und was nicht?
- Was soll eine Gesellschaft zukünftig verlässlich vom Staat erwarten können?
- Welche Rahmenbedingungen braucht es dafür?

**Unser Vorschlag: Zukunftskonvent**

Die Verwaltung teilt das Grundanliegen beider Papiere. Auch aus ihrer Sicht ist es dringend erforderlich, eine aufrichtige Bestandsaufnahme der bestehenden Belastungs- und (Über-)forderungsproblemlagen der Kommunen vorzunehmen und Lösungsvorschläge in Richtung des für den Staat und seine Kommunen realistischerweise Leistbaren zu entwickeln.

**Beschlussantrag:**

1. Der Gemeinderat der Stadt Aulendorf bekräftigt die dargestellte Situationsanalyse aus den Städten, Gemeinden und Landkreisen zur Leistungsfähigkeit des Staates und der Kommunen und bekräftigt das beigefügte Positionspapier des Gemeindetags Baden-Württemberg sowie den beigefügten, gemeinsamen offenen Brief an den baden-württembergischen Ministerpräsidenten.
2. Der Gemeinderat betont, dass zur akuten Krisenbewältigung und zur aktiven Zukunftsgestaltung ein handlungsfähiger Staat und leistungsfähige Kommunen notwendig sind.
3. Der Gemeinderat unterstützt die Position des Gemeindetags Baden-Württemberg auch und gerade in der Haltung gegenüber Bund und Land und stellt sich hinter die Forderungen des Positionspapiers und des gemeinsamen offenen Briefes an den baden-württembergischen Ministerpräsidenten.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt, diese Positionierung und Haltung der Stadt Aulendorf insbesondere gegenüber den zuständigen Abgeordneten des Landtags, des Bundestages und dem Europäischen Parlament vorzutragen.

**Anlagen:**

Positionspapier des Gemeindetags BW Belastungsgrenze überschritten  
Offener Brief an MP Kretschmann MdL - In großer Sorge um unser Land

**Beschlussauszüge für**

- Bürgermeister     Hauptamt  
 Kämmerei         Bauamt             Ortschaft

Aulendorf, den 06.02.2023